

Medienmitteilung

27. März 2023

Europabefragung 2023

Der Bundesrat sollte in erster Linie die Sorgen der eigenen Bevölkerung ernst nehmen

- Die Schweizer werden nicht EU-freundlicher – obgleich dies manche Medien nach der Veröffentlichung der Europabefragung 2023 so schrieben. Die Sicht auf die EU hat sich grösstenteils kaum verändert. Nach wie vor wäre nur eine **kleine Minderheit** für einen EU-Beitritt zu gewinnen.
- gfs.bern hat die Europabefragung im Auftrag von Interpharma, dem Verband der forschenden pharmazeutischen Unternehmen in der Schweiz, durchgeführt. Es ist der Geldgeberin vorbehalten, die Studienresultate so zu interpretieren, dass diese die eigene Sichtweise unterstützen. Aber im Interesse einer weitsichtigen Politik sollten keine wichtigen **Bedenken breiter Bevölkerungskreise ausgeblendet** werden.
- In der Deutschschweiz hat die positive Sicht auf die bilateralen Verträge zugenommen. In der Romandie und dem Tessin ist das Gegenteil geschehen. Im Tessin beurteilen nur noch 40% die Bilateralen als vorteilhaft. Die Zustimmung zu den meisten **Pro-Bilaterale-Argumenten schwindet**, während die Zustimmung zu den meisten Kontra-Bilaterale-Argumenten wächst.
- Eine Mehrheit befürchtet einen zunehmenden **Druck auf die einheimischen Löhne (58%)** sowie auf die **Miet- und Immobilienpreise (56%)** durch die Zuwanderungen. Das stellen Rekordwerte dar.
- **autonomiesuisse** appelliert an den Bundesrat, sich nicht vor nervösen Stimmen von Verbänden und Kantonen in die Irre führen zu lassen, sondern die **Anliegen der Bevölkerung** und des Unternehmertums ernst zu nehmen.
- Die Ergebnisse aus der Europabefragung zeigen, dass die Bevölkerung mit dem Status quo gut leben kann. Es wäre **kontraproduktiv, sich zu einem «Schnellschuss» hinreissen zu lassen.**

Europabefragung: Extrempositionen sind chancenlos

«Die Bevölkerung ist (...) kompromissbereit und gibt dem Bundesrat ein klares Mandat, jetzt zu entscheiden!», schreibt René Buholzer, Geschäftsführer von Interpharma, mit Blick auf das Verhältnis Schweiz-EU. Seine konkrete politische Forderung lässt sich so allerdings nirgends aus der von Interpharma finanzierten Europabefragung 2023 lesen.

Vielmehr zeichnet sich die Europabefragung über Jahre hinweg durch stabile Ergebnisse aus: Die Extrempositionen sind bei der Schweizer Bevölkerung chancenlos. Nur eine Minderheit wäre für einen EU-Beitritt zu gewinnen. Ebenso beharrt lediglich eine Minderheit auf einem kompletten Alleingang der Schweiz. Die Mehrheit hält die bilateralen Verträge insgesamt für vorteilhaft, wobei auffällt, dass diese Sicht in der Romandie an Terrain verloren hat – und im Tessin bereits heute eine Minderheitenmeinung darstellt.

Detailanalyse: Feuerprobe nicht bestanden

Obgleich beim Duktus der Fragestellungen bisweilen die Haltung von Interpharma durchschimmert («Ich nenne Ihnen nun verschiedene Elemente, wo die aktuelle Beziehung zwischen der Schweiz und der EU Vorteile haben kann. Sagen Sie mir bitte für jedes Element ...»), fällt bei einer Detailanalyse doch auf, dass die Zustimmung zu den meisten Pro-Bilaterale-Argumenten schwindet. In der Schweiz kommt keine Begeisterung für die bilateralen Verträge auf.

Besonders verschlechtert hat sich die Sichtweise auf die Bilateralen in Bereichen, bei denen eine Feuerprobe ansteht. So galt beispielsweise die EU bis vor Kriegsausbruch in der Ukraine noch bei 77% der Schweizerinnen und Schweizer als Friedensstifterin. Dieser Anteil ist auf 55% eingebrochen.

Vertrauen in Schengen erodiert

Dramatisch geschrumpft ist das Vertrauen der Befragten in das Schengen-System: Nicht einmal mehr ein Drittel glaubt, dass die Schweiz aufgrund der Bilateralen von «Asylwanderungen» verschont bleibt. Eine Mehrheit befürchtet einen zunehmenden Druck auf die einheimischen Löhne (58%) sowie auf die Miet- und Immobilienpreise (56%) durch die Zuwanderungen. Das stellen Rekordwerte dar, die von der Politik ernst zu nehmen sind.

Keine Schnellschüsse

Alles in allem ergibt sich aus der Europabefragung 2023 ein durchzogenes Bild, was auch an der geänderten Umfragemethodik liegen mag. Nur eine Minderheit wünscht sich eine Weiterentwicklung der Bilateralen. Gleichzeitig schwingt sich plötzlich ein EWR-Beitritt zum Favoriten (60%) auf. Er löst das Freihandelsabkommen anstelle der Bilateralen an der Spitze ab. Aus diesen teilweise widersprüchlichen Umfragedaten lässt sich kein politischer Handlungsauftrag ableiten.

Es besteht keine Eile für den Bundesrat, überhastete Gespräche mit der EU anzustreben. Er sollte sicherstellen, dass die Schweiz ihren Schlüssel für gute Rahmenbedingungen – ihre politische Unabhängigkeit und ihre hohe Stabilität – nicht an der Tür zur EU abgeben muss.

autonomiesuisse – eine Initiative der Schweizer Wirtschaft

autonomiesuisse ist eine breit abgestützte Initiative von Schweizer Unternehmern und Persönlichkeiten aus der Wirtschaft aus der politischen Mitte. Sie setzt sich für eine partnerschaftliche wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den Staaten der EU, aber auch weltweit, ein. Die politische Unabhängigkeit sichert der Schweiz gute Rahmenbedingungen für Wirtschaft und Gesellschaft. Das darauf basierende Erfolgsmodell Schweiz soll auch in Zukunft Bestand haben.

autonomiesuisse zählt über 750 Mitglieder. Wer einen Beitrag zu einer weltoffenen, erfolgreichen und freien Schweiz leisten will, kann sich auf [autonomiesuisse.ch/mitmachen](https://www.autonomiesuisse.ch/mitmachen) einbringen.

Kontakt

Als Leitungsausschuss des Co-Präsidiums von **autonomiesuisse** stehen wir Ihnen gerne für Auskünfte rund um das Rahmenabkommen Schweiz-EU aus wirtschaftlicher und unternehmerischer Perspektive zur Verfügung.

Dr. Hans-Jörg Bertschi

+41 79 330 50 72

hans-joerg.bertschi@bertschi.com

Prof. em. Dr. Giorgio Behr

+41 79 430 44 21

giorgio@behr.ch

Dr. Alexandra Janssen

+41 79 725 95 26

alexandra.janssen@ecofin.ch

Dr. Hans-Peter Zehnder

+41 79 330 58 08

hans-peter.zehnder@zehndergroup.com

Social Media

